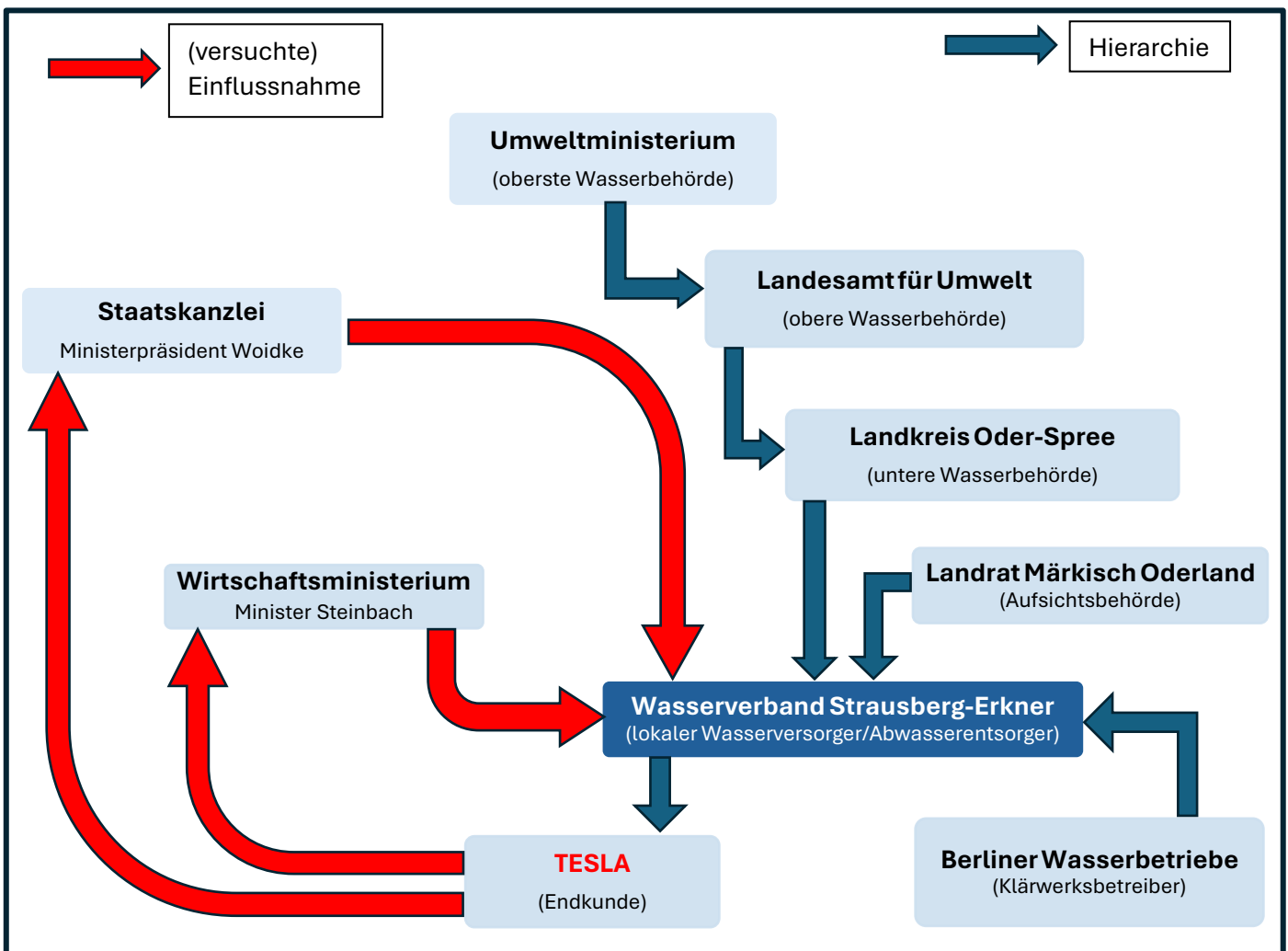


Ein Wasserverband gegen einen Weltkonzern und politische Einmischung

Die der Allgemeinheit dienende Wasserversorgung (öffentliche Wasserversorgung) ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge (Wasserhaushaltsgesetz, § 50). Die öffentliche Wasserversorgung ist eine Selbstverwaltungsaufgabe der Gemeinde (Brandenburgisches Wassergesetz, § 59). Im Fall des Wasserverbandes Strausberg-Erkner haben sich 16 Kommunen zusammengeschlossen, um diese Aufgabe zu erfüllen. Die Zuständigkeiten für erforderliche Genehmigungen sind klar definiert.

Ebenfalls in die Hoheitsentscheidung der Gemeinden fallen die Bebauungspläne. Die Gemeinde Grünheide hatte am 3. September 2004 den Bebauungsplan Nr. 13 „Freienbrink Nord“ bekannt gemacht. Dadurch war eine etwa 300 ha große Fläche als Industriegebiet definiert. Diese Fläche war im Besitz des Landes Brandenburg. Anfang des Jahres 2020 wurde sie an Tesla verkauft.

Erst im Anschluss stellte sich der Bereich Wasser als bedeutsames Problem heraus. Es steht nicht im erforderlichen Umfang zur Verfügung. Das Fabrikgelände liegt im Einzugsgebiet einer Brunnenanlage, mit welcher der WSE Trinkwasser fördert. Deshalb liegen große Teile des Fabrikgeländes in einem Wasserschutzgebiet. Der konkrete Konflikt besteht darin, dass vom Land Brandenburg ein Internationaler Konzern angeworben wurde, ihm ein Grundstück verkauft wurde und die Kommune dafür verantwortlich ist, diesem Unternehmen ausreichend Trinkwasser zur Verfügung zu stellen. Im Detail verschärft sich die Situation dadurch, dass politische Entscheidungsträger nur die wirtschaftlichen Aspekte betrachten und die Wasserproblematik ignorieren.



Innerhalb des WSE werden ebenfalls offene Konflikte ausgetragen. Der Verbandsvorsteher André Bähler war zuvor Technischer Leiter und hat entsprechende Expertise. Die Verbandsversammlung hingegen besteht aus Bürgermeister*innen oder Amtsdirektor*innen. Diese Personen verfolgen in erster Linie politische und wirtschaftliche Ziele. Während der Verbandsvorsteher von Beginn an auf die Probleme mit Wasser und Abwasser rund um die Ansiedlung von Tesla hinweist, wollen die Politiker*innen in erster Linie die Tesla-Ansiedlung unterstützen. Da bleibt kein Platz für Bedenken und Probleme. Es wird schon eine Lösung geben, lautet die Parole.

Bereits die Jahre 2018 und 2019 waren viel zu trocken und der Wasserversorger geriet dadurch unter Druck. Am 2. Juli 2019 veröffentlicht der Wasserverband Strausberg-Erkner eine Pressemeldung mit der Botschaft: „Die anhaltende Trockenheit und hochsommerlichen Temperaturen sorgen auch beim Trinkwasserverbrauch im Verbandsgebiet für Höchstwerte. Der Wochendurchschnitt liegt mittlerweile über den bisherigen Rekord-Tagesspitzen! Mit 1,4 Mio. m³ Trinkwasserabgabe erreicht der Juni 2019 den höchsten Monatsverbrauch in der Verbandsgeschichte. [...] Dies führt zu merklich sinkenden Grundwasserständen und – ganz besonders in den Abendstunden – zu erheblichen Druckmangelercheinungen in einigen Bereichen des Verbandsgebietes.“

Am 30. Juli 2019 folgt die nächste PM: „Der Verbandsrekord des vergangenen Monats wird im Juli zwar nicht erneut übertroffen, mit rund 1,3 Mio m³ bleiben die Trinkwasser-Verbrauchszahlen aber weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Hinter dieser Selbstverständlichkeit steckt besonders an heißen und trockenen Tagen eine große Kraftanstrengung - dann laufen unsere Brunnen, Wasserwerke und Pumpen auf Hochtouren. [...] Nun ist es an uns allen, unseren Umgang mit dem hochwertigen Lebensmittel Trinkwasser zu überdenken und es bewusst, sorgsam und ohne es zu verschwenden zu nutzen. Ein verantwortungsvolles Handeln muss zur Selbstverständlichkeit werden.“

Der Wasserversorger war am Limit! Die Kunden im Verbandsgebiet wurden zu Sparsamkeit und verantwortungsvollen Umgang mit der wertvollen Ressource aufgerufen. Die Situation war allgemein bekannt, auch der Landesregierung in Potsdam. Dietmar Woidke als verantwortlicher Regierungschef war zuvor Umweltminister und in dieser Funktion auch für den Bereich Wasser zuständig. Im Sommer 2019 hatte er jedoch andere Prioritäten. Er warb dafür, dass sich Tesla für Freienbrink (Grünheide) als Standort für die erste europäische Fabrik entscheidet. In einem Schreiben vom 28. August 2019 verspricht er: „Das Land Brandenburg würde den Aufbau einer Produktion von Tesla außerordentlich begrüßen und wird Sie mit allen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten aktiv bei den erforderlichen Verfahren unterstützen.“ Der Begriff „Wasser“ kommt in jenem Schreiben nicht vor.

Am 12. November 2019 wurde es offiziell. Im Rahmen der Verleihung vom „Goldenen Lenkrad“ verkündet Elon Musk die Ansiedlung der ersten europäischen Gigafactory in der Nähe des neuen Berliner Flughafens BER. Gemeint war damit der Standort in Freienbrink (Grünheide). Begeisterung und Euphorie auf fast allen Ebenen prägten das Bild. Widerstand kam nur von einer lokalen Bürgerinitiative und relativ zeitnah vom WSE.

Am 16. Januar 2020 ging der WSE erstmals an die Öffentlichkeit; „Der Wasserverband Strausberg-Erkner (WSE) wurde als hoheitlich tätiger kommunaler Aufgabenträger frühzeitig in die Gespräche zur möglichen Ansiedlung von Tesla am Standort Freienbrink eingebunden. Der WSE hat alle Beteiligten der Landesbehörden bereits von Beginn an auf umfangreiche und schwerwiegende Probleme mit der Trinkwasserversorgung und Schmutzwasserentsorgung hingewiesen. Anders als allgemein berichtet wird, gilt dies auch für die erste Ausbaustufe! Leider werden diese Einwände von den zuständigen Landesbehörden, dem Landesamt für Umwelt (LfU) und dem Umweltministerium, bis heute nicht ernst genommen. [...] Gegenwärtig kann weder die Trinkwasserversorgung noch die Schmutzwasserentsorgung in dem von Tesla gewünschten Zeitrahmen gewährleistet werden.“

Daraus entwickelte sich ein beispielloser Konflikt, für den auch fünf Jahre später keine Lösung in Sicht ist.

Berücksichtigung finden muss das Thema Trinkwasser im Bebauungsplan. Für das Gelände, auf dem Tesla bauen wollte, gab es einen rechtskräftigen Bebauungsplan. Dies war mit ein Grund für die Standortwahl. Allerdings passten die Festlegungen nicht zu den Plänen von Tesla. Der Bebauungsplan musste geändert und der Wasserversorger als ein Träger öffentlicher Belange daran beteiligt werden. Auch hier blieb der WSE bei seinen Bedenken. Die Entscheidungshoheit über den Bebauungsplan liegt bei der Gemeindevertretung. Gegenargumente müssen gerecht „abgewogen“ werden und anschließend kann man sich über sie hinwegsetzen.

Im November 2020 hatte eine Arbeitsgruppe „Wasserperspektiven östliches Berliner Umland“ unter Moderation des Umweltministeriums eine ganze Reihe von Vorschlägen erarbeitet, wie zusätzliche Wasserkontingente erschlossen werden können. Darauf berief man sich in der Abwägung und stimmte dem Bebauungsplan zu. In den darauffolgenden Wochen stellten sich alle Lösungsansätze als nicht umsetzbar heraus. Der Bebauungsplan war inzwischen durch den Landkreis genehmigt und das Wasserproblem blieb ungelöst.

In dieser Phase gab es bereits erste Auseinandersetzungen zwischen Tesla und dem WSE. Auf politischen Druck wurde ein Erschließungsvertrag zwischen dem WSE und Tesla durchgedrückt. Dies passierte im September 2020 während in der Stadthalle Erkner die Einwendungen gegen die Teslaansiedlung erörtert wurden. Allerdings hatte, wie erst später bekannt wurde, nur der WSE unterschrieben. Tesla ließ sich damit vier Wochen Zeit, wie auch mit der Begleichung von Rechnungen vom WSE für die Versorgung der Baustelle. Am 15. Oktober 2020 wurde dann auf der Baustelle für die Tesla-Gigafactory das Wasser abgedreht. Demnach seien mehrere Erinnerungen, Mahnungen und eine Sperrandrohung mit 14-tägiger Frist ohne Antwort geblieben. Laut Sprecherin des WSE sei die Maßnahme auch als Warnung an den Bauherrn gedacht, es gäbe "keine Sonderregelung für irgendwen". Tesla bezahlte endlich die Rechnung und die Wasserversorgung wurde wieder aufgenommen.

Das Jahr 2021 war geprägt von Diskussionen zwischen dem WSE und dem Landesamt für Umwelt. Die Behörde argumentierte, dass dem WSE Genehmigungen in ausreichender Höhe vorliegen, um Tesla zusätzlich versorgen zu können. Der WSE verwies darauf, die genehmigten Mengen nicht ausnutzen zu können. Altlasten, Sulfatbelastung der Spree und Gefahr von Salzwasseraufstieg aus tieferen Schichten würden die Fördermengen reglementieren. Bei zwei Wasserfassungen lagen zudem Widersprüche von Umweltverbänden vor, weil sie die genehmigten Fördermengen für zu hoch hielten. Sie sehen dadurch eine Gefahr, dass es negative Auswirkungen auf Ökosysteme gibt. Ein besonderer Streitpunkt ist der deutlich abgesunkene Wasserspiegel vom Straussee. Hier wird dem WSE vorgeworfen, durch seine Trinkwasserförderung einen Anteil am Wasserverlust im See zu haben.

Insbesondere in den Sitzungen vom Umweltausschuss des Landtags in Brandenburg wurde immer wieder darüber gestritten. Das Umweltministerium und sein Landesamt sahen keinen Handlungsbedarf auf ihrer Seite und die Trinkwasserversorgung sei die hoheitliche Aufgabe der Kommune. Der WSE sah weiterhin keine Voraussetzungen, um Tesla mit Trinkwasser versorgen zu können. Die ursprünglich für Sommer 2021 angekündigte Eröffnung der Fabrik verzögerte sich deutlich wegen geänderter Antragsunterlagen von Tesla.

Zum Showdown kam es Anfang 2022. Am 11. Februar begann ein Gerichtsverfahren, bei dem die Naturschutzverbände NABU und Grüne Liga gegen die wasserrechtliche Erlaubnis für die Fassung Eggersdorf geklagt hatten. Verbandsvorsteher Bähler brachte es auf den Punkt: „Ich wiederhole hiermit in aller Deutlichkeit, dass der Vertrag zwischen dem WSE und Tesla nur dann erfüllt werden kann, wenn uns die erlaubten Grundwasserentnahmemengen weiterhin in unveränderter Höhe zur Verfügung stehen. Sofern die Bewilligung zur Grundwasserentnahme für das WW Eggersdorf im Ergebnis des Verfahrens gegen das LfU ganz oder auch nur teilweise aufgehoben wird, kann der WSE die Trinkwasserversorgung für die Allgemeinheit und/oder die Gigafactory nicht mehr gewährleisten. Um die öffentliche Trinkwasserversorgung nicht zu gefährden, wird der Versorgungsteil des Erschließungsvertrages nicht

zu erfüllen sein.“ Am 4. März 2022 verkündete das Verwaltungsgericht in Frankfurt/Oder seine Entscheidung: „dass die wasserrechtliche Bewilligung vom 28. Februar 2020 rechtswidrig und nicht vollziehbar ist.“ Es muss eine Öffentlichkeitsbeteiligung nachgeholt werden. Nur wenige Stunden später wird in Potsdam die Genehmigung zur „Errichtung und Betrieb einer Anlage für den Bau und die Montage von Elektrofahrzeugen“ an Tesla übergeben. Jetzt wurde eine Hintertür geöffnet. Es gibt die Möglichkeit, die Genehmigung durch eine Duldung zu ersetzen. Dagegen kann nicht geklagt werden. So geschah es wenige Tage später. Das LfU erteilte eine Duldung und der WSE stimmte einem Vertrag mit einem Volumen von 1,8 Millionen Kubikmetern Trinkwasser im Jahr zu. Dies verwundert bis heute, weil Tesla seinen Bedarf mit 1,43 Millionen Kubikmetern beziffert hatte. Ein Grund für diesen „Aufschlag“ wurde nicht öffentlich. Tesla bleibt bis heute weit hinter der genehmigten Produktionsmenge zurück. Entsprechend niedrig ist der Wasserbedarf.

Nachdem durch den Versorgungsvertrag 1,8 Millionen Kubikmeter Trinkwasser pro Jahr für Tesla reserviert waren, war nach Überzeugung von Verbandsvorsteher Bähler das zur Verfügung stehende Trinkwasservolumen vollständig ausgeschöpft. „Durch bereits bestehende Flächennutzungspläne und Verdichtung in den Gemeinden werden die verbleibenden Reserven gänzlich ausgeschöpft. Darüber hinaus gehende Bebauungspläne, Gewerbe- und Industrieansiedlungen sind damit wegen fehlender Grundwasserentnahmemengen derzeit nicht möglich.“ heißt es in einer PM vom 17. März 2022.

Nach Produktionsbeginn taten sich schnell neue Konfliktherde auf. Nur drei Wochen nach Produktionsbeginn kursierte ein Foto in den Medien, worauf Bindemittel vor dem Tor der Lackiererei zu sehen war. Es waren 15.000 Liter Tauchbad ausgelaufen. Tesla meldete den Vorfall an die Behörden. Der Wasserverband wurde weder durch Tesla noch die Behörden informiert. Nur die Veröffentlichung des Fotos und Rückfragen des WSE führten zu Meldungen des Vorfalls. Inzwischen sind über 50 solcher Havarien mit Bränden und/oder Austritt von Flüssigkeiten bekannt geworden. Tesla und Behörden beteuern in jedem einzelnen Fall, dass es dadurch keine Gefährdung der Umwelt und des Grundwassers gab. Der Verbandsvorsteher Bähler betont: „Allein der Bau einer Fabrik mit dieser Fertigungstiefe im Einzugsgebiet einer Fassung stellt für den WSE ein Novum in der Handhabung der Schutzzonenverordnung durch die Behörden dar. Der WSE bleibt bei seiner Ansicht, dass die Fabrik im Allgemeinen [...] ein Risiko für die Grundwasserbeschaffenheit darstellt.“

Obwohl die Behörden Tesla im gesamten Genehmigungsverfahren sehr weit entgegengekommen waren, legte Tesla Widerspruch gegen mehrere Nebenbestimmungen ein. Am 8. November 2022 wurden einige Nebenbestimmungen aufgehoben. In einer ging es um die Beteiligung des WSE in allen grundwasserrelevanten Fragen. Jetzt soll sich Tesla eigenverantwortlich überwachen und der Landkreis (untere Wasserbehörde) überprüft dies. Über diese Entscheidung wurde der betroffene Wasserverband erst mit zweimonatiger Verspätung informiert. Die Fraktionen „Die Linke“ und „Freie Wähler“ beantragten daraufhin die Teilnahme von Verbandsvorsteher Bähler an einer Sondersitzung vom Umweltausschuss im Potsdamer Landtag. Die Mitglieder der Regierungsfaktionen haben in den Ausschüssen eine Mehrheit und so wurde die Teilnahme von Herrn Bähler mit 8 zu 7 Stimmen abgelehnt. Gegenüber der MOZ protestierte Bähler: „Es geht darum, zu verschleiern, dass diese ganze Genehmigungspraxis bezüglich Tesla jeder sachlichen Grundlage entbehrt. Ein Antrag wird völlig unbegründet durchgewunken – und andere, die wir für die Kommunen stellen, bleiben jahrzehntelang liegen.“ Die Genehmigung für das Tesla-Wasser sei bekanntlich schon 2020 nach drei Monaten positiv beschieden worden und soll für 30 Jahre gelten.

Die Ankündigung, keine weiteren Bebauungspläne oder zusätzliche Industrieansiedlungen mit Trinkwasser beliefern zu können, wurde konsequent umgesetzt. Alle diesbezüglichen Anträge wurden abgelehnt. Sieben Bürgermeister der Mitgliedskommunen wollten diese Situation dadurch verändern, dass sie im September 2023 einen Abwahantrag gegen André Bähler stellten. Ferner sollte nicht mehr der Verbandsvorsteher, sondern die Versammlung über Stellungnahmen zu Bauanträgen entscheiden. Dies rief starke Proteste hervor. Die gesamte Belegschaft des WSE erklärte sich solidarisch

mit ihrem Vorsteher. Die Abstimmung fiel sehr deutlich zu Gunsten von André Bähler aus. Er blieb im Amt.

Zurück zum Konflikt mit Tesla. Bereits im Dezember 2021 hat der WSE eine Sonderzone „Industriegebiet Freienbrink“ definiert und dafür neue Satzungen erlassen. Parallel wurden zwei GmbH „wacunis blue“ und „wacunis green“ gegründet, die für die Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung von diesem Industriegebiet verantwortlich sind. Tesla war mit diesen Entscheidungen nicht einverstanden. Sie sahen darin ein erhebliches Risiko für die Wasserversorgung und ein akutes Geschäftsrisiko für ihre Fabrik. Man stellte vor Gericht Normenkontrollanträge gegen die Satzungen. Parallel wandte man sich im Sommer 2023 an den WSE, um den Erschließungsvertrag nachzuverhandeln. Der WSE monierte, dass sich Tesla nicht an Grenzwerte in der Zusammensetzung der Abwasserströme halten würde und mahnte Tesla diesbezüglich mehrfach ab. Gestritten wurde ebenfalls über das Abwasserpumpwerk am Übergabepunkt zur Abwasserdruckleitung. Beides hatte Tesla in Eigenleistung errichten lassen, um die ambitionierten Zeitpläne in der Bauphase der Fabrik einhalten zu können. Hier ist der WSE mit einigen Punkten in der Ausführung nicht einverstanden und lehnt die Abnahme der Anlage ab. Genauso lehnt er die Änderungsvorschläge für den Versorgungsvertrag ab. Tesla unterbreitet noch den Vorschlag, die Normenkontrollanträge zurückzunehmen, wenn der WSE den Änderungswünschen von Tesla zustimmt. Dazu ist der WSE-Vorstand nicht bereit. Anfang 2024 reicht Tesla Begründungen zu den Normenkontrollanträgen beim OVG Berlin-Brandenburg ein. Anfang März 2024 setzt der WSE einen Antrag auf die Tagesordnung der Verbandsversammlung, wonach die Abwasserentsorgung der Tesla-Fabrik eingestellt werden soll, bis Tesla die vertraglich vereinbarten Grenzwerte im Abwasser einhält. Die Verbandsversammlung vertagt sich. Eine Mehrheit scheut sich davor, Druck auf Tesla auszuüben. Aus Enttäuschung legt der Vorsitzende dieser Verbandsversammlung, der Erkneraner Bürgermeister Pilz sein Amt nieder. Bis dahin hatte er immer André Bähler unterstützt.

Uneins sind sich Tesla und WSE-Spitze in mehrfacher Hinsicht. Tesla argumentiert, dass es sich bei ihren Abwässern um überwiegend Sanitärabwasser handelt und daher Grenzwerte, wie bei anderen Sanitärabwässern gelten müssen. Der WSE sieht die Gefahr, dass es in Folge der Grenzwertüberschreitungen von Tesla auch zu Überschreitungen in der Kläranlage Münchehofe kommt. Dann würden dem WSE Strafzahlungen durch die Berliner Wasserbetriebe drohen. Sie sind Betreiber dieser Anlage. Gestritten wird über die Messverfahren. Teslas Eigenmessungen zeigen geringere Werte als jene aus dem vom WSE beauftragten Labor. Tesla will möglichst wenige Risiken für seinen Produktionsbetrieb, der WSE keine Gefährdung des Grundwassers und seiner Betriebsanlagen zur Abwasserentsorgung. Tesla will einen dauerhaft gültigen Vertrag ohne Abhängigkeit von Satzungsänderungen des WSE. Der WSE sieht sich in der Verantwortung für alle Kunden im Verbandsgebiet und lehnt eine Sonderbehandlung von Tesla ab. Bei den folgenden Verbandsversammlungen wird die Entscheidung über den geänderten Vertrag immer wieder vertagt. Es gibt aber weiterhin Bürgermeister, die sich für Tesla einsetzen. Im November 2024 hatte der Vorstand mit vier zu zwei Stimmen gegen den Vertragsentwurf gestimmt. Er beinhaltet überwiegend die Forderungen von Tesla und berücksichtigt die Interessen des WSE nur unzureichend. Er sollte nicht zur Abstimmung gestellt werden. Darüber setzte sich der Neuenhagener Bürgermeister Scharnke hinweg und beantragte die Abstimmung für die Tagesordnung. Am 4. Dezember 2024 gab es im nichtöffentlichen Teil eine Beschlussfassung zu dem von Tesla gewünschten Versorgungsvertrag. Die Sache war damit trotzdem nicht erledigt. Bestandteil des Vertrages waren noch etliche Anlagen. Wegen fortgeschrittener Stunde, die Sitzung zog sich bereits über acht Stunden hin, wurde darüber nicht weiter beraten. Der Vorsteher erhielt den Auftrag, die Anlagen zu ergänzen und den unterschriebenen Vertrag an Tesla zu übermitteln. Das geschah am 10. Januar 2025. Jetzt hatte wieder Tesla Probleme damit. Die Anlagen entsprächen nicht den Abstimmungen aus den Verhandlungen und man werde diesen Vertrag nicht unterzeichnen.

Da alle Verhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden und der Vertrag selbst nicht veröffentlicht wird, lässt sich die Situation nur schwer bewerten.

Dem Versorgungsvertrag musste der WSE im Jahr 2020 durch politischen Druck zustimmen. Damals prophezeite man einen Sog-Effekt. Es würden weitere Ansiedlungen folgen und es würde Zuzug und neue Wohngebiete geben. Der WSE wollte Vorsorge treffen und formulierte Satzungen, die ihm mehr Entscheidungsbefugnis verschafft haben. Da ging es auch um Einschränkungen der Versorgung und Kündigungen durch den Verband. Das war wiederum Tesla ein Dorn im Auge. Eigene Brunnen durfte man nicht bohren und ohne kontinuierliche Wasserzufuhr lässt sich die Fabrik nicht betreiben. Besonders in den warmen Monaten benötigt man das Wasser für Kühlanlagen. Bei geringen Außentemperaturen arbeitet man mit Luftkühlung. Deshalb will Tesla sich über die Satzung hinwegsetzen und eine vertragliche Regelung haben, die ihnen einen kontinuierlichen Produktionsbetrieb garantiert. Wie eingangs beschrieben, hatte der WSE im Sommer 2019 seine bisherigen Spitzenverbräuche mit 1,4 bzw. 1,3 Millionen Kubikmetern/Monat. Tesla hatte im Sommer des Jahres 2023 monatliche Verbräuche von ca. 51.000 Kubikmetern. Damals waren etwa 10.000 Beschäftigte im Unternehmen. Durch die 2. Ausbaustufe soll sich diese Zahl auf 22.500 erhöhen. Durch die angestrebte Verdoppelung der Produktion verdoppelt sich auch der Wasserbedarf für die Kühlanlagen. Hier kann kein recyceltes Wasser aus der Produktion eingesetzt werden.

Aus diesen vorliegenden Zahlen lässt sich für Tesla ein Bedarf von über 150.000 Kubikmetern Trinkwasser für einen Sommermonat prognostizieren, den der WSE zu liefern hat. Das würde unter den Bedingungen der Jahre 2018 und 2019 nur funktionieren, wenn bei anderen Kunden die Wasserzufuhr reduziert wird. Alternativ müssen zusätzliche Ressourcen erschlossen werden.

Der große Hoffnungsträger heißt Hangelsberg. Hier soll eine neue Wasserfassung entstehen. Das Landesamt für Umwelt hatte im Jahr 2023 die Ergebnisse einer Vorerkundung präsentiert. Auch hier wird der WSE unter Druck gesetzt, die nächsten Schritte (Pumpversuche, Anträge) einzuleiten. Dies geschieht auf sein eigenes wirtschaftliches Risiko und muss am Ende von den Bestandskunden bezahlt werden. Der Vorschlag von Seiten des Umweltministeriums wäre, dass man mit dem Wasser aus Hangelsberg das Industriegebiet Freienbrink (vor allem Tesla) versorgt und der WSE die freiwerdenden Kapazitäten für andere Projekte nutzen kann. Selbst wenn dies funktioniert, wird es erst nach 2030 Realität werden. Bei der Entwicklung der vergangenen Monate ist fraglich, ob Tesla dann überhaupt noch in Grünheide produziert. Dann hätte der Verband Millionenbeträge investiert und am Ende keine Kunden, die ihm das Wasser abkaufen.

Auch beim Thema Abwasser wurde der WSE zum Spielball. Mit der 1. Änderung zum Bebauungsplan „Freienbrink Nord“ hatte man erkannt, dass es nicht genügend Kapazitäten in Klärwerken gibt, um künftige Abwasserströme von Tesla zu entsorgen. Der WSE sollte mit Unterstützung des Landes Brandenburg ein eigenes Industrieklärwerk südlich von Freienbrink bauen. Der WSE investierte in eine Planung und verhandelte monatelang mit dem Land Brandenburg über den Kauf eines Grundstücks. Im September 2022 kam es zum Kauf. Ein Jahr später machte das Umweltministerium einen Rückzieher. Ein Industrieklärwerk werde nicht mehr benötigt. Der WSE möge ein kommunales Klärwerk in Eigenverantwortung finanzieren und bauen.

Man kann die Sache folgendermaßen zusammenfassen. Der Standort Grünheide ist für eine Industrieansiedlung dieser Größenordnung vollkommen ungeeignet. Das Land Brandenburg hätte dieses Gelände niemals Tesla zum Verkauf anbieten dürfen!

Es steht nicht genügend Trinkwasser zur Verfügung. Ein Fabrikgelände mit Einsatz von wassergefährdenden Stoffen im Einzugsgebiet einer Brunnenanlage zur Trinkwassergewinnung darf nicht genehmigt werden.

Da es trotzdem passiert ist, muss die Landesregierung in Potsdam endlich Verantwortung übernehmen. Es genügt nicht, Tesla gegenüber Versprechungen zu machen und anschließend den Wasserversorger unter Druck zu setzen. Man hat sich über seine Einwände hinweggesetzt und lässt ihn nun im Regen stehen, der in Brandenburg allerdings viel zu selten fällt.